



Bayerischer  
Industrie- und Handelskammertag  
BIHK

## **Resolution**

**anlässlich**

**der Vollsitzung des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK)  
am 22. November 2007 in München**

### **Klimaschutz**

#### **Klimaschutz: Herausforderung und Chance für die bayerische Wirtschaft**

Auch die bayerische Wirtschaft wird in Zukunft verstärkt mit der weltweiten Problematik des Klimawandels konfrontiert werden.

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung, einen anspruchsvollen Beitrag zu leisten, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Bei den Emissionen von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) pro Kopf der Bevölkerung liegt Bayern mit rund 6,8 Tonnen jährlich weit unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik von 10,4 Tonnen. Über 80 % des Stroms werden in Bayern ohne schädliche Klimagase erzeugt.

Die bayerischen Industrie- und Handelskammern sehen es als ihre Aufgabe an, die Unternehmen umfassend über die wirtschaftsrelevanten Zusammenhänge des Klimaschutzes zu informieren und zu beraten. Ein wichtiger Bestandteil davon sind auch die Chancen, die sich aus einer aktiven und modernen Klimaschutz- und Produktstrategie der Wirtschaft ergeben. Damit bayerische Unternehmen wirkungsvoll ihren Beitrag leisten und erfolgreich die Chancen nutzen können, muss von der Politik Folgendes beachtet werden:

1. Die Wirtschaft benötigt langfristige und **stabile Rahmenbedingungen** für die Sicherung ihrer Aktivitäten. Klimapolitischer Aktionismus schadet der Sache. Entscheidend ist, dass umweltrechtliche und wirtschaftspolitische Instrumente planvoll eingesetzt werden und deren Ziele aufeinander abgestimmt sind.

2. In der Umweltpolitik hat sich der bayerische Weg des **kooperativen Umweltschutzes**, wie er z. B. im Umweltpakt Bayern zum Ausdruck kommt, uneingeschränkt bewährt. Auch beim Klimaschutz wird der Erfolg stark davon abhängen, ob es gelingt, jenseits von gesetzlichen Vorschriften die eigenverantwortliche Mitwirkungsbereitschaft der Wirtschaft zu fördern.
3. Vordringliches **Ziel internationaler Klimapolitik** muss es sein, bei einem neuen Klimaschutzabkommen in Nachfolge des Kyoto-Protokolls alle Staaten mit erheblichen Emissionen zu Einsparungen von CO<sub>2</sub> und sonstigen Treibhausgasen zu verpflichten.
4. Bayern, Deutschland und Europa übernehmen beim globalen Klimaschutz eine Vorbild- und Schlüsselrolle, indem sie realistische **Modelle und Technologien für intelligenten Klimaschutz** anbieten, die auch für andere Länder attraktiv zur Übernahme sind. Geplante Regelungen in Deutschland und der EU, wie z. B. die Weiterentwicklung des Emissionshandels oder die Ausweitung der Kennzeichnung klimafreundlicher Produkte, müssen dementsprechend gestaltet sein.
5. Die **Vorreiterrolle der EU** ist richtig. Vor der Entscheidung über die europäische Lastenverteilung zur Erreichung der vereinbarten Klimaziele sind Kosten und Wirkungen des Klimaschutzes je Mitgliedstaat in der EU verlässlich abzuschätzen. Dafür muss sich die Bundesregierung nachdrücklich einsetzen; hierbei darf es nicht zu Nachteilen für die bayerische Wirtschaft kommen.
6. Das **Integrierte Energie- und Klimaprogramm** der Bundesregierung vom August 2007 legt die Maßnahmen breit an. Dies ist richtig, denn eine einseitige Belastung der Wirtschaft mit zusätzlichen Kosten würde der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen schaden. Ungeklärt bleibt im Programm die Frage, wie die Versorgung der Unternehmen und Privathaushalte mit wettbewerbsfähiger Energie mittelfristig trotz Ausstieg aus der Kernenergie sichergestellt werden soll. Dies muss unverzüglich geklärt werden.
7. Die **Forschung** - besonders für die Entwicklung klimafreundlicher Technologien – muss stark ausgebaut werden. Erste Ansätze dazu sind im Klimaprogramm der Bundesregierung enthalten, müssen jedoch noch verstärkt werden. Das Gleiche gilt für Forschungsaktivitäten im Freistaat Bayern.

8. Auch **Aus- und Weiterbildung** in diesen Bereichen ist unerlässliche Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Standortes., Außerdem ist sie der Weg zu mehr Energieeffizienz und –einsparung in den Unternehmen. Nicht zu unterschätzen ist die weitere Förderung des Umweltbewusstseins in der Gesellschaft. Nur wenn der Konsument durch seine Kaufentscheidung die Entwicklung und Herstellung klimafreundlicher Produkte fordert und bereit ist, im Einzelfall einen angemessenen Preis dafür zu zahlen, kann ein entsprechendes Angebot der Wirtschaft erfolgreich sein.
9. Der Klimawandel hat bereits eingesetzt und wird nicht mehr umkehrbar sein. **Anpassungsmaßnahmen** (z. B. Hochwasserschutz) sind deshalb erforderlich. Branchen, die besonders unter den Auswirkungen zu leiden haben, bedürfen besonderer Unterstützung bei der Umstellung.
10. ‚Klimapolitik made in Germany‘ krankt daran, dass immer neue **bürokratische Detailregelungen** erdacht werden. Die Effizienzpotenziale im Mittelstand sollten mit einer gemeinsamen Initiative, nicht aber mit zusätzlicher Bürokratie, erschlossen werden. Das IHK-Netzwerk ist bereit, seinen Beitrag zu leisten und 'Energy efficiency made in Germany' weltweit bekannt zu machen (Exportinitiative Energieeffizienz) und Unternehmen bei allen Fragen rund um den betrieblichen und produktbezogenen Klimaschutz zu unterstützen.